Das System der ArbeitnehmerInneninteressensvertretung auf europäischer Ebene

Problembeschreibung:

Die politische Tagesordnung in Europa wird durch Lobbying bestimmt. Während es Konzerne und Unternehmensverbände regelmäßig schaffen, ihre Interessen im Gesetzgebungsprozess durchzusetzen, sieht es auf Seiten der ArbeitnehmerInnenvertreter leider viel zu oft düster aus.

Akteure:

Stellvertretend für die große Bandbreite verschiedener nationaler Organisationen gelten drei Hauptakteure.

Größter Akteur auf europäischer Ebene ist der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), der 89 sektionsübergreifende nationale Gewerkschaften sowie 10 sektorale europäische Gewerkschaften vertritt. Insgesamt sind unter dem Dach des EGB etwa 45 Millionen Menschen organisiert.

Beratende Funktion in jeder Rechtsmaterie der europäischen Union hat der Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, hier kommt der Gruppe 2 (ArbeitnehmerInnen) eine besondere Bedeutung zu: *„The Workers' Group (Group II) comprises representatives from national trade unions, confederations and sectoral federations. Its members represent over 80 trade union organisations – the vast majority of them affiliated to the European Trade Union Confederation (EGB) or its sectoral federations.“*

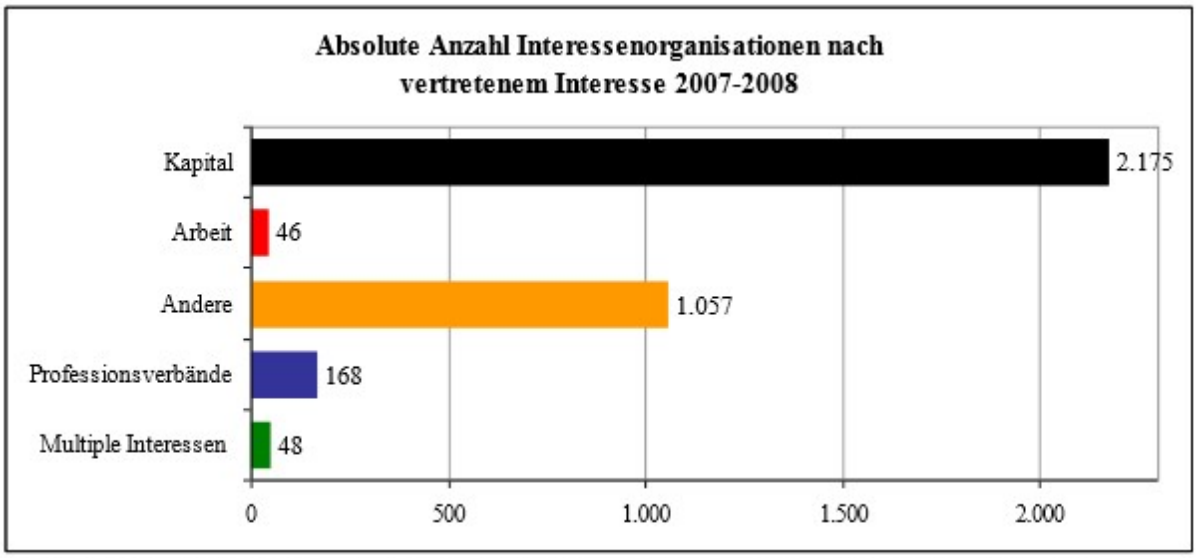
Die Europäischen Sozialpartner (Business Europe, CEEP, Europäischer Gewerkschaftsbund und der Handwerkerverband UEAPME) haben ebenfalls gewisse Rechte. So werden die Sozialpartner vom Beschäftigungsausschuss des Rates angehört (§150 AEUV).

Österreichische Situation:

Die „Österreichische Lösung“ der Interessensvertretung ist ziemlich einmalig in Europa: Das liegt einerseits an der Institution Arbeiterkammer, die es in dieser Form sonst nur in Luxemburg, in Bremen und im Saarland gibt, andererseits aber auch am institutionalisierten System der Sozialpartnerschaft. So sind sowohl die Arbeiterkammer als auch der ÖGB Teil der Ständigen Vertretung der Republik Österreich, und genießen damit eine weitaus privilegiertere Stellung als zB. der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB).

Lobbying und Transparenz, Finanzstärke:

Dennoch haben die ArbeitnehmerInnenvertreterInnen in Personen- wie auch in finanziellen Fragen klar das Nachsehen. Das EU-Transparenzregister zeichnet ein drastisches Bild zum Ungleichgewicht zwischen den Interessen: Der direkte Vergleich zwischen der in Brüssel vertretenen Gewerkschaften und den gegenüberstehenden Unternehmen und Verbänden zeigt ein Verhältnis von 1:50, unter Einbeziehung von Beratungsfirmen und dergleichen auf ein Verhältnis von 1:65!



Quelle: Wonka et al. 2007/08, eigene Berechnung. N=3.673, n=3494, Fälle mit fehlenden Werten =179.

Wohlgemerkt: Das sind offizielle Zahlen nach Transparenzregister, verstecktes Lobbying, Drehtüreffekte und ähnliches sind hier nicht mit eingerechnet.

Die daraus entstehende Problematik liegt auf der Hand: Wenn sich ArbeitnehmerInnen nicht mehr vertreten fühlen, steigt paradoxerweise sowohl die Politikverdrossenheit als auch die Zuwendung zu (rechts)populistischen Parteien. Gut beobachten lässt sich das nicht nur in England, wo ehemalige Industriehochburgen mit überwältigender Mehrheit für den Brexit gestimmt haben, sondern auch im Rust Belt der USA, der Obersteiermark, …

Mögliche Lösungsansätze:

Das wichtigste Werkzeug um die Übermacht der Konzerne und Unternehmen zu brechen ist Transparenz auf allen Ebenen, ein legislativer Fußabdruck sowie die Sanktionierung bei Nichteinhaltung von Transparenzrichtlinien sind zwingend erforderlich.

Neben der Bewusstseinsschaffung der Problematik muss vor allem eine bessere Koordination der Akteure auf europäischer Ebene stattfinden. Viel zu oft werden Themen unter nationalen Aspekten debattiert, eine Koordinierung der nationalen Verbände erfolgt oft erst sehr spät.

Des Weiteren müssen europäische ArbeitnehmerInnenvertretungen ihre Kampagnenarbeit professionalisieren.

Beispiele für Kampagnenarbeit der europäischen AN-VertreterInnen:

- Handelspolitik
  Teilnahme an Civil Society Dialogen, Fachpublikationen, Paneldebatten zu CETA, TTIP, Nachhaltigkeitskapiteln, …

- Europäische Säule sozialer Rechte
  Online-Kampagne #socialrightsfirst, Großdemo in Brüssel, Teilnahme an Konsultationen

- Entsenderichtlinie

- Steuergerechtigkeit

Literatur:

Lobbying in Brüssel, Broschüre der AK Wien
http://www.akeuropa.eu/_includes/mods/akeu/docs/main_report_de_383.pdf

7 Ansätze, um Interessen der ArbeitnehmerInnen auf europäischer Ebene besser sichtbar zu machen
https://www.awblog.at/ausbrechen-aus-der-bruesseler-blase-interessen-der-arbeitnehmerinnen-europaeische-oeffentlichkeit/

Lobbying und Interessensvertretung – was ist das?
http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_2.1

Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen muss europaweit gesichert und ausgebaut werden (Eurobetriebsräte)
http://library.fes.de/fulltext/asfo/00679006.htm